

Erklärung

Erklärung zur Ukraine

Verabschiedet vom industriAll Europe- Exekutivausschuss

Brüssel, 24. März 2022

Gemeinsam mit dem EGB und der internationalen Gewerkschaftsbewegung verurteilt industriAll European Trade Union den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine auf das Schärfste. Wir fordern Russland auf, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu respektieren, verlangen die sofortige Einstellung der Militäroperationen, bestehen darauf, dass die russischen Truppen das Land verlassen und rufen zum Dialog und zu Friedensgesprächen auf.

IndustriAll Europe fordert die EU-Institutionen dazu auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um einen Waffenstillstand zu erreichen und diplomatische Maßnahmen zu ergreifen, um einen Friedensprozess einzuleiten.

Wir stehen in voller Solidarität mit dem ukrainischen Volk, unseren Brüdern und Schwestern in der Gewerkschaftsbewegung und Arbeitnehmer*innen, die vom Krieg betroffen sind. Wir verurteilen die Repressionen gegen diejenigen in Russland und Belarus, die mutig ihre Stimme erheben und für den Frieden protestieren.

Das Maß an Solidarität, das dem ukrainischen Volk entgegengebracht wird, ist beispiellos und bewegend. Die Gewerkschaften haben ihre eigenen Ressourcen mobilisiert - finanziell und politisch. Flüchtlinge werden in Gewerkschaftshäusern und Wohnungen von Mitgliedern aufgenommen. Die Gewerkschaften beteiligen sich europaweit aktiv an den umfassenden humanitären Bemühungen und spenden an verschiedene Solidaritätsfonds. Hier zeigt sich die Menschheit von ihrer besten Seite. Wir hoffen, dass diese Großzügigkeit ein Zeichen für einen Wandel in der Asylpolitik ist.

Wir verurteilen die Berichte über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bei der Behandlung von Menschen, die vor dem Krieg fliehen. Zuflucht muss allen gewährt werden, die sie brauchen.

Gemeinsam mit dem EGB fordert industriAll Europe die nationalen Regierungen auf, alle Flüchtlinge und Menschen, die aus der Ukraine und anderen Ländern, einschließlich Russland und Weißrussland, fliehen, aufzunehmen. Dies muss unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem Migrationsstatus gelten. Ihnen muss das volle Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU gewährt werden, ohne dass biometrische Pässe erforderlich sind. In allen EU-Ländern müssen angemessene Maßnahmen zur Aufnahme und Integration der Flüchtlinge ergriffen werden, wobei alle Mitgliedstaaten und Regierungen eine faire Rolle bei der Aufnahme von Geflüchteten spielen müssen.

Die Richtlinie über vorübergehenden Schutz, die im März 2022 aktiviert wird, muss in der gesamten EU vollständig umgesetzt werden. Die in der Richtlinie vorgesehenen Rechte müssen in vollem Umfang garantiert werden. Dazu gehören der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialhilfe für ukrainische Staatsangehörige, ihre Familienangehörigen, Staatenlose sowie Drittstaatsangehörige und deren Familienangehörige, die in der Ukraine internationalen Schutz oder einen gleichwertigen Schutz genossen haben. Die Mitgliedstaaten müssen den vorübergehenden Schutz auf Drittstaatsangehörige ausweiten, die sich rechtmäßig in der Ukraine aufhalten und nicht sicher in ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion zurückkehren können.

Wir rufen die europäischen Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, dazu auf, besonders auf weibliche und minderjährige Flüchtlinge zu achten, da sie besonders anfällig für sexuelle Gewalt und Ausbeutung sind. Alle Regierungen haben die Pflicht, ihnen Schutz zu gewähren und weiteren Schaden zu verhindern.

Die Mitgliedstaaten müssen für eine erfolgreiche Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt sorgen. Diese erleichtert auch ihre Eingliederung in die Gesellschaft. Arbeitgeber, Gewerkschaften und lokale Stellen müssen eng mit den Behörden zusammenarbeiten, um die Integration zu unterstützen und die Ausbeutung von Arbeitskräften zu verhindern.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine gehen bereits über die schreckliche humanitäre Krise hinaus. Sowohl der Krieg als auch die Sanktionen wirken sich auf die Energiesicherheit, die Lieferketten und den Handel aus und führen zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten. IndustriAll Europe fordert daher die EU auf, die negativen Auswirkungen auf Bürger*innen, Arbeitnehmer*innen und die am stärksten betroffenen Branchen abzumildern.

IndustriAll Europe beobachtet die Auswirkungen auf unsere Industrien und Mitglieder genau. Viele Unternehmen haben die Produktion eingestellt und die Beschäftigten an den betroffenen Standorten freigestellt. Es ist daher dringend erforderlich, dass die EU und die nationalen Regierungen die Instrumente zur Rettung von Arbeitsplätzen, insbesondere den SURE-Mechanismus, wieder aktivieren, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Energiesicherheit ist ein dringendes Thema für unsere Industrie und alle Arbeitnehmer*innen in Europa. Die bestehende Energiepreiskrise hat sich durch das Vorgehen Russlands und den Krieg in der Ukraine noch verschärft. Es müssen alle verfügbaren Mittel eingesetzt werden, um in den kommenden Monaten bezahlbare Energie für alle zu sichern. Energie ist die Grundlage für Wohlstand und Gemeinwohl. Europa kann die aus Russland importierten Brennstoffe und Strommengen nicht von heute auf morgen ersetzen. Energieeffizienz, verstärkte Anstrengungen zur Diversifizierung der Versorgung, die Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien, die Nutzung bestehender kohlenstoffarmer Stromerzeugungsanlagen, obligatorische Speicherverpflichtungen sowie die Nutzung verfügbarer heimischer Energieressourcen müssen zu den Prioritäten der EU gehören, um Europa auf den nächsten Winter vorzubereiten. Dazu sind dringend Rahmenbedingungen erforderlich, die den Investoren Sicherheit und Vorhersehbarkeit bieten - z. B. eine rasche Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und eine rasche Einigung über die Kriterien für die Zertifizierung von kohlenstoffarmem und erneuerbarem Wasserstoff und Gas. Die EU muss die Lehren aus der Energiekrise ziehen und verhindern, dass sie von einer Form der Abhängigkeit (russisches Erdgas) in eine andere (Wasserstoffimporte aus einer anderen Reihe von Ländern) gerät. In dieser Hinsicht ist die Initiative REPower Europe wichtig.

Diese Krise bestärkt uns nur in unserer Entschlossenheit, Unabhängigkeit im Hinblick auf saubere Energie auf sozial gerechte Weise zu erreichen. Wir müssen die Green-Deal-Agenda umsetzen, um unsere Volkswirtschaften zu dekarbonisieren und rasch Energieautarkie zu erreichen. Die Investitionen in die

europäische Energieinfrastruktur und die Produktionssysteme müssen fortgesetzt und dringend erhöht werden. Es ist eine ganzheitliche europäische Wirtschaftsstrategie notwendig. Soziale Gerechtigkeit und eine gleichberechtigtere Gesellschaft sind die Grundlagen von Demokratie und Frieden. Die EU muss den Aktionsplan der Europäischen Säule sozialer Rechte umsetzen und die Tarifbindung in Europa erhöhen. Der Krieg in der Ukraine darf nicht als Vorwand dienen, um die Bemühungen um einen gerechten Strukturwandel und die Sicherung guter Arbeitsplätze in Europa zurückzufahren.

Die Gewerkschaften sind Teil der globalen Friedensbewegung. Wir müssen am Aufbau von Frieden mitwirken, das schließt zunächst das Vereinen der globalen Gewerkschaftsbewegung ein. Nur Dialog und Diplomatie führen zum Frieden. Wir sind bereit, mit der EU, den Regierungen sowie der gesamten Gewerkschaftsbewegung und Gesellschaft im weiteren Sinne zusammenzuarbeiten.